

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

236 (11.10.1927)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gefaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für einwöchige 12 Pfennig, für dreiwöchige 30 Pfennig, für einen Monat 50 Pfennig, für drei Monate 1,20 Mark, für sechs Monate 2,20 Mark, für ein Jahr 4,00 Mark. Die Resten-Millimeterzeile 45 Pfennig, 20 Zeilen nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei geschlossener Redaktion und bei Sonntags-Verkauf tritt ein Erschlagungs- und Gerichtsgebühren in Höhe von 1,20 Mark. Die Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musik- und Sport- und Spiel- / Feimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenrecht

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachverteilung 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfachverteilung: Karlsruhe, Waldstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Engelstraße 24

Nummer 236

Karlsruhe / Dienstag, den 11. Oktober 1927

47. Jahrgang

Die Hamburger Wahlen

Unfindigkeit kommunistischer Verantwortungslosigkeit

Auch in Hamburg ist nun die Schlacht geschlagen und mit der Hamburger Sozialdemokratie feiert die ganze sozialistische Partei Deutschlands den erfreulichen Erfolg. In der Tat, ein wahrer Erfolg, den selbst die rechts gerichtete bürgerliche Presse entgegen ihrer sonstigen Praxis nicht zu unterlagern wagt. Bemüht stellen sie den Aufstieg der marxistischen Stimmen fest, um dann das Rätsel des Erfolges zu lösen. Bei einem Blatt ist es die Unfindigkeit der Politiker, bei einem anderen ist dieses oder jenes die Ursache des Erfolges, je nachdem es das Herz in diesem Anstich befehrt.

Der Hamburger Wahlerfolg der Sozialdemokratie ist zweifellos in erster Linie auf die alte Organisation und die starke Disziplin der Anhänger zurückzuführen. Organisation und Disziplin sind zwei wichtige Voraussetzungen für jeden politischen Erfolg. Aber allein können sie niemals ausschlaggebend sein und da hat die Germania recht, wenn sie anlässlich der Hamburger Wahl feststellt, daß die Regierungsparteien des Reiches bei allen Wahlen der letzten Zeit mehr oder weniger Anhänger verloren haben. Das ist zweifellos richtig. Die antisoziale Politik des Bürgerblocks beginnt sich auszuwirken. Das Volk erkennt langsam, mit wem es zu tun hat und daß die Taten dieser Bürgerblockregierung im Widerspruch stehen zu den Ankündigungen und Versprechungen. Diese Erkenntnis ist ein wesentlicher Faktor für den Ausgang der künftigen Wahlen. Auf ihn allein aber baut die Sozialdemokratie nicht. Aber sie rechnet mit ihm und sie wird ihre Taktik entsprechend einstellen. Von uns aber wird der Bürgerblockregierung nichts erpart bleiben, und wir können nur wünschen, daß sie bis zum Ende des deutschen Reichstages existiert. Dann aber kommt die Abrechnung und wie sie sein wird, haben die Wahlen in Hamburg, in Königsberg, wie auch in Altona und Sarburg gezeigt.

Leider wird sich die partei sozialistische kommunistische Mehrheit (10 Mandate von 100) nicht voll auswirken lassen. Die Kommunisten denken gar nicht daran, verantwortlich im Interesse der Arbeiterschaft mitzuwirken. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ihnen alles. Das läßt die kommunistische Volkseinstimmung am Montag in ihrer Stellungnahme zu dem Wahlergebnis deutlich erkennen. Sie weiß nichts Besseres, als gleichzeitig 10 Forderungen aufzustellen, die in den Betrieben erörtert werden sollen. Eine Wandlung der Hamburger Kommunistischen Partei ist jedenfalls sehr wünschenswert. Es dürfte deshalb, wie das Hamburger Echo feststellt, voraussichtlich zwar bei der bisherigen Regierungskoalition bleiben, ohne daß sich die Sozialdemokratie aber einen Zwang oder eine Bindung über das Maß ihrer Forderungen, die sich aus den neuen Machtverhältnissen ergeben, von den Koalitionsparteien auferlegen lassen würde. Es sei nicht parteipolitisch nachzugeben, der sie dazu treibe, sondern das Gefühl der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, das sie gegenüber proletarischen Wählern zu erfüllen habe. Die große Vertrauenskränkung, die das Wahlergebnis für die Sozialdemokratische Partei Hamburgs bedeutet, würde nunmehr ihren Dank, ihre Anerkennung in bessere sozialer Fürsorge, in unermüdbarer Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter für das Wohl der Bevölkerung finden.

Unter den bürgerlichen Wählern lassen die den Deutschnationalen nachfolgenden Hamburger Nachrichten ihre Niederlagen anerkennen. Die Deutschnationalen haben als ihr Ziel 50-55 Mandate angegeben, statt dessen mußten sie auf 25 Mandate zurückgeben. Der Rabenjammer hat also seine Berechtigung. Das volksparteiartige Organ, der Hamburgische Korrespondent, hält den künftigen Einfluss der Sozialdemokratie für so stark, daß die Volkspartei in der Regierungskoalition nicht mehr mitmachen könnten und wirft deshalb die Frage auf, ob diese Bürgerblockpartei nicht schon bald der Auflösung verfallen. Das Hamburger Fremdenblatt findet eine Erklärung für den Wahlausfall nur in der Tatsache, daß die jetzt im Reich vorhandene Reichsregierung in der freien Volksmassen eine starke Unzufriedenheit auslöst. Der demokratische Anzeiger sieht der Befürchtung Ausdruck, daß Hamburg zu einer „Hochburg der roten“, zu einem „zweiten Wien“ werden könnte.

Sozialistischer Wahlsieg in Polen

Warschau, 10. Okt. (Via Draht.) Am Sonntag ist in Lodz das Gemeinderatparlament neu gewählt worden. Die Wahl endete mit einem überraschenden Resultat. Lodz besitzt seit Sonntag zum erstenmal eine starke sozialistische Mehrheit. Von 200 000 gültigen Stimmen entfielen 60 000 auf die polnischen Sozialisten, 17 000 auf die deutschen Sozialisten und rund 24 000 auf die jüdischen Sozialisten, sowie die kleine polnische unabhängige sozialistische Partei.

Frankreichs Gewaltmaßregeln gegen die Autonomisten im Elsaß

Die autonomistische Volksstimme in Strassburg hatte, nachdem sie in mehreren von Royalisten gegen sie angestrengten Prozessen zur unerhörten hohen Strafen verurteilt worden war, einen Aufruf beabsichtigt, von Beiträgen zur Deckung der in die Zehntausende bezogen Geldstrafen zu erheben. Die Folge war eine neue Anklage, wegen die sich die Volksstimme von dem früheren Generalsekretär der Strassburger Präfektur, Rechtsanwalt Komlitz verteidigen ließ. Dieser erklärte über das Colmarer Urteil: er wolle als guter Franzose verschweigen, daß es mehr im Interesse Frankreichs gewesen wäre, wenn jene Urteile weniger hart ausgefallen wären. Die Urteilsverfälschung wurde ausgeleitet. — In seiner Wochenchau wagt der katholische Elsaßer nochmals die Regierung vor Gewaltmaßnahmen gegen die Autonomistenpartei. Er erinnert daran, daß die deutsche Regierung sich manchmal habe zu solchen Maßnahmen verhalten lassen, aber jedesmal einen Mißerfolg erlitten habe.

Bürgerblock und Räumungsfragen

Die Folgen der nationalsozialistischen Siege

Der Reichsanstalt des Bürgerblocks ist am Montag in Koblenz eingetroffen. Die Reise steht im Zusammenhang mit den französischen Räumungsplänen. Einzelheiten stehen vorläufig noch nicht fest, sie sollen erst konkretere Gestalt gewinnen, wenn die noch im Fluss befindlichen Verhandlungen zwischen dem französischen Oberkommissar und den deutschen zuständigen Stellen beendet sind.

Vorläufig besteht der Eindruck, daß die französische Regierung unter dem Einfluss der französischen Militärs, die stets die „Sicherheit der Besatzungsstruppen“ in den Vordergrund schieben, nur zögernd auf die deutschen Räumungswünsche eingeht. Das ist zu einem Teil die Folge der deutschnationalen Hetzreden in jüngster Zeit und der weitestgehenden Politik der Bürgerblockregierung. Daran werden alle Verhandlungen des Reichsanstalters mit den zuständigen Behörden der besetzten Gebiete ebenso wenig etwas ändern, wie seine Trostreden gegenüber der Bevölkerung im Rheinland. Erst dann werden die Rheinlande wieder zur Ruhe kommen, wenn die Streitkräfte diesseits und jenseits des Rheins in den amtlichen Regierungsstellen verschwinden. Marx aber hat das Gegenteil getan und den deutschnationalen Streitkräften erst die Steinigung gehalten. Jetzt fährt Marx ins Rheinland, um die Folgen seiner Politik hinwandaufzuklären!

Von untrübsamer Seite wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung in erster Linie darauf hinwirkt, daß die Kur- und Badeorte, ferner die Orte, die früher auch keine militärische Besetzung hatten, und ferner die Orte, die eine übermäßige militärische Besetzung tragen, beim Abbau der Besatzungsstruppen berücksichtigt werden. Außerdem fordert man die Zurückziehung der verbleibenden Angehörigen der Besatzungsstruppen, um auf diese Art die Wohnungsnot wenigstens etwas zu lindern.

Der Bürgerblock und die fürstlichen Parasiten

Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß die Frage der Abfindung der Ständeherrscher vom Reich auch weiterhin auf die lange Bank geschoben werden soll. Schon in der letzten Zukunft sind die preussischen Bedenken zu den vorgeschlagenen reichsrechtlichen Regelungen dem Reichsanstalt von dem preussischen Ministerpräsidenten übermittelt worden. Nachdem Preußen seit zwei Monaten ohne Antwort blieb, erfolgte am 29. September eine dringliche Mahnung, die gesetzliche Regelung schnellstens in Angriff zu nehmen. Darüber sind auch fast schon wieder 3 Wochen verstrichen, ohne daß vom Reich ernstlich Anstalten zur Verwirklichung der preussischen Forderungen getroffen worden. Wird die reichsrechtliche Regelung noch weiter hinausgeschoben, so muß Preußen am 1. Januar 1928 wiederum für nichts und wieder nichts die Summe von mehr als 100 000 M an die Ständeherrscher zahlen. Aber das scheint die Herren vom Bürgerblock wenig zu kümmern. Sie sind mit neuen Sozialen und Steuerermäßigungsanträgen aus den belstenden Schichten so beschäftigt, daß sie für erstere Dinge einfach keine Zeit haben. Das Volk zahlt ja!

Auch die Hohenzollern wittern übrigens Morgenluft. Sie haben hinsichtlich der Auslegung des Vertrages zwischen Preußen und der Verbandsverwaltung allerlei Schwierigkeiten gemacht, jedoch die Einberufung des im Vertrag vorgesehenen Schiedsgerichts nicht unvorbehaltlich ist. Sowohl die Anrechnung der seit 1919 den Hohenzollern gezahlten Vorschüsse steht bei dem ehemaligen Königsstuhl am Widerstand, ebenso beanprucht es noch Vermögenswerte, die im Vertrag nicht ausdrücklich geregelt sind, wie das Gebäude des großen Archivs in Charlottenburg, den Bauhof in Potsdam und anderes mehr. Man versucht jetzt also auf den verschiedensten Umwegen das Volk noch mehr zu betrüben als es schon betrogen wurde.

Im Zeichen des Bürgerblocks...

Reichstagsbeginn am 18. Oktober

Der Reichstagspräsident wird laut Vorwärts den Reichstag für Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht als erster Beratungsgegenstand die Schlußvorlage. Außerdem enthält die Tagesordnung noch eine Reihe anderer Beratungsgegenstände.

Wieder ein Rohheitsakt im besetzten Gebiet

Wieder einmal wurde im besetzten Gebiet, diesmal in der Gemeinde Cronberg ein Deutscher durch einen ungläubigen Rohheitsakt eines Besatzungssoldaten getötet. Am Sonntag nachmittag traf in der Gemeinde Cronberg der Feldwüter Haas auf seinem Dienstfeld 3 englische Soldaten innerhalb der Umzäunung eines Grundstückes an. Als der Beamte die Soldaten aufforderte, den Platz zu verlassen, ließ ihn einer der Soldaten so heftig in den Leib, daß er zusammenbrach und ins Krankenhaus überführt werden mußte, wo er noch in der Nacht starb. Die Soldaten flüchteten. Der getötete Feldwüter Haas war Mitglied der sozialdemokratischen Partei und Stadtverordneter in Cronberg.

Weitere Hinrichtungen in Mexiko

Neuwerk, 10. Okt. Wie Rogales Herald meldet, sind General Paulino Fontes, der frühere Direktor der National Nationalität von Mexiko, sowie fünfzehn seiner Anhänger unter der Beschuldigung der Anführung zur Rebellion hingerichtet worden.

Die englisch-italienische Freundschaft

Die Kürze der Freundschaften ist eines der Charakteristika in der politischen Methode der Nachkriegspolitik. Die Risse, die sich in den eben nicht sehr alten Beziehungen zwischen England und Italien aufzutun beginnen, sind ein neuer Beitrag zu dem Fiasco der europäischen Diplomatie, einen neuen Geist in die auswärtigen Beziehungen der Völker zu bringen.

Es ist lebhaftig eine von der faschistischen Propaganda systematisch genährte Legende, daß der außenpolitische Aufschwung Italiens eine Folge der sogenannten inneren Erneuerung durch Mussolini und seine Schwarzhemden ist. Einmal sind die Erfolge bei seiner Expansion als koloniale Großmacht vorläufig mehr als bescheiden. Andererseits wären auch diese geringen Ergebnisse niemals erzielt worden, wenn die englische Politik Mussolini nicht hätte stillschweigend gewähren lassen und ihn darüber hinaus nicht noch tatkräftig unterstützt hätte. Italien wäre aus eigener Kraft völlig außer Stande gewesen, den Kampf um Albanien gegen Jugoslawien aufzunehmen, wenn das Foreign Office seine Hand nicht schützend über Rom gehalten hätte. Überall da, wo Mussolini den Versuch gemacht hat, seinen unerfüllbaren Appetit nach kolonialen Besitz durch Wiffen zu befriedigen, die ihm England nicht zuschießen gewillt war, sind die italienischen Wünsche nämlich mit merkwürdiger Schnelligkeit verstimmt. Die Drohungen Italiens gegen die Türkei haben in dem Augenblick aufgehört, als Ankara seine asiatische Völkervereinigung aufgab, sich von Russland loslöste und Anstich an England suchte. Die Forderungen nach dem Besitz Somalias wurden von der italienischen Presse in dem Augenblick eingestellt, als London sich mit Paris über die englisch-französischen Differenzen in der europäischen Politik einig machte. Auch Mussolinis Strohmann in Marokko, sein Kollege im Geist, Primo de Rivera, hat seine Wünsche in der Tangerfrage sofort um verschiedene Plätze zurückgedreht, als ihm von englischer Seite abgewinkt wurde. Trotzdem Mussolini seinen Aktionsradius unter dem englischen Druck sehr erheblich eingeschränkt hat, haben sich im Laufe der Zeit dennoch Reibungsflächen genug entwickelt, um englisch-italienische Differenzen aufzutreten zu lassen.

Der Hauptgrund ihrer Entstehung besteht darin, daß Mussolini wohl ein frisch-fröhlicher Draufgänger, aber ein ebenso schlechter Realpolitiker und Psychologe ist. Eingebüllt in die Weibtrauschwolke die ihm von seinen Anhängern in Italien und seinen Verehrern aus dem Auslandes gependet wird, hat er jedes Gefühl für die Wirklichkeit verloren und sich nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik in einen Ansehbarkeitswahn hineingelebt. Mussolini hält sich heute für einen unentbehrlichen Faktor im englischen Spiel und vergißt, daß die britische Politik ein sehr labiler Mechanismus ist, der nicht nur für den höheren Ruhm eines italienischen Diktators mit Cäsarenambitionen, sondern für die Erhaltung des englischen Imperiums funktioniert. Er hat infolgedessen vollkommen den psychologischen Moment übersehen, an dem seine Wünsche eine Grenze finden müssen, wenn er Kollisionsgefahren mit einem starken und im entscheidenden Falle unerbittlichen Gegner zu vermeiden wünscht. Die Folge dieser völligen Verkennung der Tatsachen wird darin bestehen, daß er gerade in dem Augenblick zu einem kläglichen Rückzug genötigt sein wird, wo er die kommende Größe Italiens als Herrin des Mittelmeeres von seinen Trabanten mit vollen Baden ausposaunen läßt.

Für den baldigen Eintritt dieses Ereignisses gibt es bereits allerdings wenig trübselige Symptome. Bisher hat die Zusammenkunft Mussolinis mit einem führenden Staatsmann der englischen Politik zu den Gepflogenheiten der letzten Jahre gehört. Die Rolle des englischen Verbindungsmannes lag in den Händen Churchill, der im Faschismus den einzig haltbaren Kitt für das englische Weltreich sieht. Ganz wider die Gewohnheit ist es diesmal völlig anders gekommen. Während der Duce bereits verkündet hat, daß alle geheimen Kolonialwünsche Italiens nunmehr die offizielle englische Sanktion erhalten würden, hieß es erst, daß diesmal der Steifste Chamberlain die Stelle des begehrtesten Aderten Churchill einnehmen und später, daß überhaupt kein verantwortlicher englischer Staatsmann in Italien erscheinen wird.

Den wichtigsten Anlaß zu der Abkühlung der Freundschaft hat das aufdringliche Liebeswerben Italiens um Ägypten anlässlich des römischen Besuchs von König Fuad gegeben. Italien hat sich großzügig erboten, die Industrialisierung Ägyptens durchzuführen und als Entgelt für seine Zustimmung zur Abschaffung der Kameralaktionen seine wirtschaftliche Vorzugsbehandlung in Ägypten verlangt. Abgegeben davon, daß die Ägypter eine solche Forderung die einer Erlaubnis zu einer italienischen Masseneinwanderung in Ägypten gleichkommt, niemals akzeptieren werden, mußte sie das englische Mißtrauen gegen Italien erregen. Deshalb verhindert England auch das italienische Verlangen nach einer Grenzregulierung in der Corenaita, um Italien in seinem nordafrikanischen Besitz dauernd in Atem zu erhalten.

Noch weit peinlicher empfindet England die italienische Betätigung in Arabien. Italien sucht dauernd, seinen Protege Ibn Sabah in Komplikationen mit dem Schutzherrn Englands, Ibn Saud zu verwickeln, weil es Appetit auf die Petroleum- und sonstigen Schätze Arabiens hat und weil der Italien von England freiwillig ausgedrohter Anteil dem Betätigungsdrang der dort wirkenden jungen Leute Mussolinis zu klein ist. Ihre Intrigenpolitik hat die Spannung zwischen Ibn Saud und Ibn Sabah bereits so weit getrieben, daß der mißsam aufreht erhaltene Friede an der arabischen Halbinsel jeden Augenblick in die Brüche gehen und in dem mit politischer Hochspannung geladenen Mittleren Ost Komplikationen von unabsehbarer Tragweite herbeiführen kann.

Die englische Presse beginnt bereits über die italienischen Machinationen eine nicht mißzuverstehende Sprache zu führen, die von Mussolini jedoch nicht verstanden wird, weil er sie nicht versteht.

darf. Bei den wirtschaftlichen und politischen Nöten Italiens, für die der Faschismus eine dauernde Abhilfe bisher nicht zu schaffen vermocht hat, bleibt der Traum von der Berufung Italiens zum Erden Roms die mächtigste Kraft für die Erfüllung aller bisher ungelösten Wünsche auf die Zukunft.

Es bleibt sehr zu bezweifeln, ob der junge Rahn des Außenpolitikers Mussolini, das Ergebnis eines offenen Kampfes gegen England sehr lange überdauern würde. Dazu fehlen Italien nicht nur die materiellen, sondern auch die ideellen Voraussetzungen. Das faschistische Italien hätte nicht einmal zu einer Offensive gegen die englischen Kolonien die Sympathien Europas auf seiner Seite, geschweige denn dann, wenn eine englische Arbeiterregierung erst hätte daran ange, gegen den jetzigen Kurs der italienischen Außenpolitik wegen ihrer Gefahren für den Frieden der Menschheit, ein Veto einzulegen. Daher ist mit fast hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Mussolini im Ernstfall einen nur durch große Worte verschleierte Rückzug antreten wird, weil er es doch nicht darauf ankommen lassen wird, seinen bisher so billig erworbenen Ruf des Staatsmanns und Führers durch einen Konflikt mit einem ernsthaften Gegner ohne weiteres aufs Spiel zu setzen.

England, Indien, Afghanistan

Kalkutta, Anfang Oktober. (Eig. Bericht.)

Indien, das in diesem Sommer von den Folgen der Cholera und der Ueberfremdung heimgesucht war, schwebt für das Frühjahr in Erwartung einer neuen Plage. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es gegen Ende des Winters einen Feldzug gegen Afghanistan geben.

Ein Krieg gegen Afghanistan ist in der Geschichte Britisch-Indiens nichts Neues. Das Verhältnis Englands zu dem unabhängigen Bergstaat an seiner indischen Nordwestgrenze, der politischen Wertschöpfung zwischen Indien und Rußland, war nie ein hervorstechend. Afghanistan hat immer Pufferstaatpolitik getrieben und hat seine Stellung immer durch ein Ausweichen Rußlands gegen England und umgekehrt mit Erfolg zu wahren gesucht. Während das Land bis zum Weltkrieg ganz im Schatten Englands schwamm und fast im gleichen Verhältnis zu Indien stand wie einer der großen Kolonialstaaten, haben sich seine Beziehungen zu Großbritannien nach dem Sturz des Zarismus wesentlich geändert. Bis Juli 1919 hatte England ein Kontrollrecht über die auswärtigen Beziehungen des Emir von Afghanistan. Dieser Vertrag wurde unter dem Einfluß der neuen Außenpolitik der Bolschewiki gelöst und Afghanistan war das erste Land, das die offiziellen Beziehungen zu Moskau aufnahm. Die russisch-afghanische Freundschaft hat sich im Laufe der Jahre wesentlich abgekühlt. Die Afghanen sind — wie alle Orientalen — fähige politische Rechner und sie haben mit ihrem Sinn für das Reale sehr schnell die schwachen Stellen der bolschewistischen Methode kennen gelernt. Deshalb ist Afghanistan weit davon entfernt, mit Moskau durch Eid und Dinn zu gehen. Der Gedanke, daß Afghanistan dazu bestimmt ist, den roten Armeen als Basis einer Offensive gegen Indien zu dienen, ist heute höchstens noch in den Köpfen der wilden anarcho-indischen Scharmacher. Alle Kenner afghanischer Verhältnisse wissen heute, daß der Bolschewismus bei den Massen Afghanen keine magische Zaubertrank verloren hat und alle Mühe aufwenden muß, sich dessen zu bewahren. Selbst als Transitland für eine kommunistische Propaganda in Indien kommt Afghanistan nicht in Frage. Die Moskauer Orientpolitiker haben praktisch längst den Gedanken aufgegeben, Indien durch eine Sündflut von Propagandaliteratur aufzuwiegen. Es ist richtig, daß in Indien eine Menge kommunistischer Literatur kursiert, sie stammt aber aus ganz anderen Quellen als aus dem Moskauer Orientinstitut. Ihre Verfasser und Verbreiter sind vielmehr antikommunistische Provokateure, deren Wirkzweck eines der trübsten Kapitel in der jüngsten Geschichte der indischen Freiheitsbewegung bildet.

Trotzdem wird von englischer Seite zur Zeit gegen Afghanistan in einem Umfang getrieben, daß sich der unbesorgene Beobachter des Eindrucks ernsthafter Vorbereitungen zu einer gewaltigen Auseinandersetzung nicht erwehren kann. Die Kombinationen, die sich an den Ausbruch englisch-afghanischer Feindseligkeiten knüpfen, stützen sich auf den Versuch, den der Staatssekretär des englischen Kriegsamts, Sir Worthington-Coans, in diesem Winter Indien abstrahieren wird. Sir Worthington-Coans soll angeblich leiblich der indischen Nordwestgrenze einen Besuch abstatten, um festzustellen, ob diese Schlüsselstelle des englischen Weltreiches stark genug gepanzert ist. Seit dem letztjährigen Besuch des Staatssekretärs für Luftwesen, Sir Samuel Hoare, ist sehr viel in dieser Richtung geschehen. Eine Reihe von Militärstützpunkten ist seitdem längs der Grenze förmlich aus dem Boden gestampft worden und ein dichtes Netz strategischer Eisenbahnen kann jederzeit größere Truppenverbände bis dicht vor das Herz Afghanistans bringen. Das Zentrum der Vorbereitung einer schärferen Landart in der indischen Militärpolitik ist insbesondere der englische Generalstab. Von hier aus wird der Schaffung einer besonderen Armee das Wort geredet, die auf Grund der allerletzten kriegstechnischen Erfahrungen ausgerüstet werden und sich aus 120 000 Engländern und 75 000 Indern zusammenstellen soll. Die Mittel zum Unterhalt

dieses Heeres sollen unabhängig vom indischen Parlament von den Dominien, den indischen Fürsten und der indischen Regierung aufgebracht werden. Die indische Armee soll dann nach den Wünschen der Volksvertretung auf 70 000 Mann reduziert werden und nur noch als reine Polizeitruppe Verwendung finden. Diese, dem Kopfe der mitterländischen Militärs entgegengesetzte Idee wird eifrig von den internationalen anglo-indischen Politikern, Industriellen und Händlern unterstützt. Nach der Meinung dieser Gruppe sind die britischen Interessen in Indien durch die fortschreitende Emanzipation der Indier auf allen Gebieten ernsthaft bedroht und sie glauben, daß es höchste Zeit ist, dieser Entwicklung energig einen Riegel vorzulegen. Einer der Wortführer dieser Ideengänge, der ehemalige Oberst Crawford aus Cammore hat kürzlich in einer Versammlung der ostindischen Sektion der britischen Handelskammer sich sehr offenherzig über diese Frage geäußert. Nach seiner Meinung liegt die große Gefahr für die englische Herrschaft über Indien in der fortschreitenden Indianisierung des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens, durch die die britischen Interessen in ständig wachsender Maße von den indischen zurückgedrängt werden. Die Mission des englischen Kriegsekreträrs besteht nun in der Hauptsache darin, die indischen Militär- und Zivilbehörden zur Aufgabe ihres Widerstandes zu bewegen, d. h., daß der Geist der indischen Politik durch den Gedanken „Der Sieg ist die beste Verteidigung“ neu belebt werden soll.

Württemberg und die Bildung der Landesarbeitsamtsbezirke

Man schreibt uns:

In der württembergischen Presse wird s. Zt. die Frage der Zusammenlegung Württembergs mit Baden und der Pfalz zu einem Landesamt lebhaft besprochen, und zwar fast durchweg in ablehnendem Sinne. Die Ablehnung wird meistens damit begründet, daß Baden und die Pfalz mehr Arbeitslose haben als Württemberg und Württemberg für Baden und die Pfalz besorgen müßte.

Es ist das gute Recht der Württemberger, gegen die Zusammenlegung zu sein, der Wunsch der badischen Regierung geht ebenfalls dahin. Wir müssen uns aber fragen, wenn man den Kreisen in Baden, die für die Zusammenlegung eintreten, unterstellt, daß für sie die Geldfrage die Hauptrolle spiele. Bei einer Zusammenlegung kommt Baden sicherlich nicht als der empfangende Teil. Bis die Reichsanstalt den Notstand beseitigen hat, dürfte auch in Baden die Zahl der Arbeitslosen soweit zurückgegangen sein, daß man mit dem Reichsbüchsenbeitrag auskommt. Sollte das nicht der Fall sein, so wird der Ausgleich vom Reich getragen. Der Reichsanteil muß überall bezahlt werden, so daß die Erparnismöglichkeit eigentlich nur auf dem Gebiete der Verwaltung liegt, und für Sparmaßnahme ist Baden bekannt.

Es kommt noch in Betracht, daß Baden schon Arbeitsnachweisbezirke hat, die den zukünftigen Landesämtern entsprechen. Die Arbeitsämter haben zum großen Teil schon eigene Gebäude, sie haben die Einrichtungen und sind in personeller Beziehung auf der erforderlichen Höhe. Kurz gesagt, wir sind in Baden so organisiert, daß das Landesamt Baden mit seinen Vermögensbeständen ohne weiteres von der Reichsanstalt übernommen werden könnte. Durch die sofortige Uebernahme würden auch das Land und die Gemeinden beträchtlich an Geld sparen, da der Verwaltungsaufwand bis zur Uebernahme von Land und Gemeinden anteilig zu tragen ist.

Anders liegen die Dinge in Württemberg. Arbeitsämter, wie sie in Zukunft notwendig sind, bestehen nur 5. Im übrigen wurde die Sache recht und schlecht nebenbei in den Amtsvorbereitungen und Gemeindebüros besorgt. Es muß deshalb alles erst von unten organisiert, erst Räume beschafft und eingerichtet werden; alles das kostet Geld. Dabei besteht noch nicht einmal ein Plan für eine Bezirkseinteilung. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß Baden und die Pfalz auch an der württembergischen Einrichtung besparen und recht lange auf die Uebernahme durch die Reichsanstalt warten müssen. Land und Gemeinden werden also noch recht lange ihren Kostenanteil zu tragen haben. Das unferne württembergische Nachbarn in aller Sachlichkeit zu sagen, scheint angebracht und die Bitte hinzugefügt, den Kampf für oder gegen Zusammenlegung immer mit sachlichen Mitteln zu führen.

Deutschvolksparteiliche Kulturkampfpaukerei

Die Tatsache, daß die Regierungskoalition in Baden für die erste Sitzung des Reichshochschulrates im Reichsrat zu einer Verständigung kam, hat die Führung der Deutschen Volkspartei in Baden unangenehm berührt. Diese glaube nämlich auf Grund des letztjährigen Beschlusses des Landtags sei in dieser Frage eine solche Verständigung rein unmöglich, und sie spekulierte auch wohl mit der

Annahme, sie könne dann als Retter in der Not an die Stelle der Sozialdemokratie treten.

Natürlich werden die Führer der Deutschen Volkspartei bestreben, an so etwas gedacht zu haben und sie werden auch in der Zukunft vom Verrat der Sozialdemokratie und der Demokratie an der Simultanschule sprechen, bis — die Deutsche Volkspartei im Reichstag mit ihren Stimmen den Reudell'schen Schulgesetzentwurf hilft unter Dach und Fach zu bringen. Der Deutschen Volkspartei wird in der Regierungskoalition des Reichs das Tausen einer Extratour sehr schnell unmöglich gemacht sein, sobald sich nämlich herausstellt, daß das Schulgesetz ohne sie überhaupt nicht gemacht werden kann.

Wie die am 7. Oktober stattgefundene Beratung der Sozialdemokratischen Reichsausschüsse ergab, wird diese den Reudell'schen Entwurf ablehnen und sie wird auch den von den Ländern beschlossenen Verbesserungsanträgen recht steiflich gegenüberstehen. Lehnen im Reichstag die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und gar noch deutschvölkische Kreise den Reudell'schen Gesetzentwurf ab, dann muß die Deutsche Volkspartei das Jünglein an der Waage stellen, denn Zentrum und Deutschnationale allein verfügen nicht über die erforderlichen Stimmen. Man kann allgemein darauf sein, was nachher die badischen Volksparteier zu sagen wissen. Die Sozialdemokratische Reichsausschüsse wird für die Erhaltung der Simultanschule eintreten, obwohl sie die Simultanschule nicht als der Weisheit letzter Schluß anseht. Sie erkennt aber an, daß die Simultanschule eine Schulform darstellt, die gegenüber der im Schulgesetzentwurf vorgelebten Gemeinschaftsschule den Vorrang verdient. Der Reichsinnenminister von Reudell will jedoch der Simultanschule nach 5 Jahren schon das Licht ausblasen und er fügt sich hierbei auf die Stellungnahme der Reichsregierung, die es als unzulässig erklärt, daß die maßgebenden Bestimmungen der Reichsverfassung für die Simultanschule für alle Zeit unanwendbar bleiben. Der Artikel 140 der Reichsverfassung gewährt zwar dem Reich die Befugnis, die Simultanschule eine schonende Behandlung gewährt, kann nicht dahin ausgelegt werden, daß das Reichsschulgesetz für die Simultanschule eine Anwendung nicht finden kann.

In diesen Fragen gibt es für die Deutsche Volkspartei im Reichstag eine harte Nuß zu kneten. Der Reichsminister Stresemann wird schon zur rechten Zeit den Spruch auf die nationalliberale Dreiflügel wagen und es wird ihm auch ein leichtes sein, seine Freunde in Baden davon zu überzeugen, daß man eben auch in Kulturfragen nicht mit dem Kopf durch die Wand kann. Es wird dann aber an der Zeit sein, daß die Herren Dr. Mattes und O. K. ihrer Partei die Frage vorlegen, warum er nicht wenigstens, wenn schon die Simultanschule nicht für alle Zeit hat geteilt werden können, für die von der badischen Regierung gestellten Verbesserungsanträge bestimmt bzw. diese nicht selbst aufgenommen hat. Die von der badischen Regierung für die Einführung der Befristungsfrist beantragte Erhöhung, wie sie in der Hinaussetzung einer Befristungsfrist von 2 auf 4 bei der Abstimmung zu erfüllen ist, verbessert die Situation für das badische Land außerordentlich, gleichwohl wird die Regierungskoalition im Reich über derartige Verbesserungsanträge hinweggehen und damit für die Oppositionsparteien das Stiefmutter zu stricteste Abschaffung dieses Schulgesetzentwurfes abgeben. Es wird sich also schon innerhalb zweier Wochen zeigen, wer die Simultanschule in Wirklichkeit preisgeben hat und wie klein hinter den großvaterlichen Worten der Deutschen Volkspartei in Baden die Laten derselben im Reich ausbleiben.

Die Arbeiter und das Internationale Arbeitsamt

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, sprach am Samstag vor der Berliner Presse über die Bedeutung der Berliner Tagung des Verwaltungsrates. Thomas gab in deutscher Sprache zunächst in einigen Sätzen ein Bild von der internationalen Arbeitsorganisation, von den Aufgaben des Verwaltungsrates, des Arbeitsamtes und der Arbeitskonferenzen. In den Debatten und Verhandlungen des Verwaltungsrates schwebten die politischen Beziehungen, womit natürlich nicht gesagt ist, daß sie dabei keine Rolle spielen. Im Gegenteil, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem der großen Gegenläufer zwischen Kapital und Arbeit, beeinflussen, wenn auch nicht in äußerlich sichtbarer Form, den Hintergrund aus dem heraus die Verhandlungen der Arbeiter und des Verwaltungsrates.

Deutschland soll einmal — das ist nach Thomas mit der Hauptaufgabe der Vertagung der Tagung von Genf nach Berlin — den Verwaltungsrat bei seiner Arbeit leben. Die Berliner Tagung soll, wie Thomas andeutete, nebenbei auch den Vorteil haben, daß in den Fragen der Ratifizierungen von deutscher Seite einige Zu-

Sif

Das Weib, das den Mord beging

Von Red-Malaczejew.

(Copyright 1926 by Drei Masken Verlag G. M., München.)

14 (Nachdruck verboten.)

Sinten, wo sie gestern auf ihrem Gange von der Witwe Grandjean begleitet worden ist, drängen sich die zum Deschneuren bestimmten Mannschaften um irgendein Spektakel. Was dort über den Köpfen zu leben ist, ist ein halb ausgehöhlter Ladebaum der „Manchouria“, daran baumelnd, die ganze Gesellschaft mit Schlamm überhäufend in verweirtem Din- und Herfchlagen, die Schwanzflöße eines Kleinfisches. Streit dann in der Mitte dieses Menschenhäufels, deutlich erkennbar die Stimme des ersten Offiziers: „Eine Tierquälerei, die wir nicht dulden auf unseren Schiffen.“

Ob, der Oberst Miramon hat ihr in Berlin erzählt von seinen kleinen naturwissenschaftlichen Dilettantereien . . . ja, es ist ihr Freund, ihr Vater und Beschützer, der ein Arsenal von Instrumenten neben sich, als Blutbespritzer Meßger mit einem Schiffsarzt vor dem ausgebeuteten, mit dem latantesten Leben des Kapitänstüters noch immer zappelnden Dai steht und in eine lebhaft Auseinandersetzung mit dem Offizier da geraten ist.

„Bei lebendigem Leibe, Herr.“

„Dai“, sagt laut der Oberst Miramon und steht mit der Intentionalbetrie irgendwelche Flüssigkeit auf, „Dai pflegen Ibristen doch auch nicht zu betäuben, bevor sie sie fressen, Steuermann?“ Die Leute ringsum lachen dröhnend, der Dai gegen den alten Feind hat die Oberhand, der Offizier wird um eine Nuance blässer und verzückt drummend den Kreis.

Die Leuteaffen. Der Dai hat es inswischen aufgegeben, hin und herzufluchen mit den Flossen, hänselt demütig und starr da wie der Gefrierohr eines Meßgerlabens, dünnes Fischblut, mit Lompfe vermischt und Seewasser rinnt in trüblichem Bach über die Deckplanken.

Der Oberst handhabt eine Sorbete, redet auf den Schiffsarzt ein, der mit beruflichem Interesse zuschaut. „Ein wenig Ringersche Lösung auf die Herz-muskulatur, Doktor . . . Sie werden leben.“

Er unterbricht sich, er hat keine Sekretärin bemerkt: „Ein Alpekt für Sie, Madame! Sie werden leben,“ nun haben die toten

Augen sie erfaßt, „daß der Tod . . .“, ob, daß alles nur ein Vorurteil ist.“

Stille ringsum, die Wand der gaffenden Leute, die sich gierig um das Spektakel da drängen. Dann senkt sich die kleine blaue-gedörrte Hand in das blutige Fleisch des Fisches, der Arzt fühlt sich verpflichtet, ein paar Fachausdrücke zu murmeln, die Sorbete flirrt.

„Das Herz, Madame, Sie werden leben.“

Die Leute flüstern erregt, auf den vierzig hier zusammengebrängten Menschen lastet das erwartungsvolle Grauen, mit dem man dem Offizier eine Grube aufsticht. Und plötzlich geschieht es, daß dieser blutige hochgeleakte Muskel da zu heben beginnt, daß die serbete wehrlose Kreatur von neuem sich aufbäumt in erneuter Todesqual . . .

Die Leute ringsum beginnen zu murmeln, man hört nun doch ein paar unterdrückte slatendeutsche Flüche. Und nun ist es geschehen, daß die kleine Sif erwacht aus ihrer Erstarrung, daß sie dem anderen die Sorbete aus der Hand geschlagen hat, sie auf die Planken schmettert: „Sie werden das lassen . . . Ich dulde es nicht, nein . . .“ Es ist anzunehmen, daß sie im nächsten Augenblick den Schläger da anbringen, ihm das Gesicht zerkratzen wird mit den scharfen Weiberkrallen.

Erwartungsvolle Stille ringsum, ein paar sehr massive Bemerkungen unter den Leuten, unterdrücktes Lachen . . . Der Oberst Miramon bleibt eisigfroh, die überdünnen Lippen lächeln ein wenig nachlässig: „Und ich bildete mir ein, daß Dinge wie diese da Ihnen geläufig seien, Madame?“

Sie senkt den Blick, sie ist wehrlos.

„Sie können ihn nun töten“, sagt der Oberst Miramon zu den Leuten an der Witwe, „wenn Ihnen das gelingt . . . Sie können ihn auch ins Wasser werfen.“

Er wendet sich ab, taucht seine Hände in das Wasser, das der Ruffe herbeigebacht hat, trocknet sie, mit dem Schiffsarzt redend, ob. Die Witwe ruffelt, das gemarterte Tier liegt ins Wasser zurück, die Leute drängen an die Reelina, leben zu, wie sich ein Schwarm wartender Bestien da unten auf die verwundete Beute stürzt, sie im Augenblick verschlingen hat. Der erste Offizier, der den Schaulust eben von neuem paffert, ipett aus in weitem Bogen . . .

Nach einer halben Stunde, als die Maschinen wieder anspringen, wird die kleine Sif von dem Russen in die Kabine ihres Herrn gerufen. Der kleine schlecht lirierte Mensch, Leporello halb und halb Luftmörder, lächelt, als er die Tür vor ihr öffnet, sein anstößiges Lächeln: „Achtung . . . Vorsicht . . .“

Unmöglich, über diese Warnung, unmöglich, jetzt über den Zettel von gestern abend nachzusehen: die Portiere vor ihr wird zur Seite gerissen, der Diener Theodorowitsch schiebt sie mit sanfter Gewalt vorwärts, schiebt hinter ihr die Tür. Sie ist allein mit dem Obersten Miramon.

Ein künstlich verbunkelter, freibewiesener irgenndem Scheinwerfer beleuchtet Raum, ein scharfer chemischer Geruch, vor dem man betannde zurücktaucht. Dann auf dem großen Tisch in Gläsern mit schäumendem gelbem Spiritus privatisierte mich auf geschäftlich Peiß, außer auf Glasplatten gepannte Salamander, bunte kleine Schlangen, die ihre initiierten Eingeweide präsentieren. Keaganzsäure dann mit Antikindaren, Schälchen mit un-definierbaren Flüssigkeiten, ein Wall aufschlagender Bisher: endlich das Mikroskop, hinter dem man den Obersten Miramon erst nach einiger Zeit entdecken kann.

Sie steht eine Weile, wartet. Drüben die Hand schaltet die Linien des Instrumentes um, das Auge entfernt sich von dem Okular während des Gepräges: „Wir haben eine kleine Differenz gefast, Madame, wir sind einander geraten vor der cranule. Ich meinerseits hoffe auf Frieden zwischen uns . . . ich hoffe darauf in ihrem eigenen Interesse.“

Das Weib steht und schweigt, es ist unerhört still in dem kleinen Raum.

„Sie haben gemordet, Madame?“ Unwiderstehlich erscheint über dem hinkenden Instrument das Gesicht mit den gestorbenen Augen, Schweigen in Wehrlosigkeit.

„Sie werden das mit nun wohl erzählen müssen, mit allen Einzelheiten. Sie betreten nach einigen Stunden ein fremdes Land, Madame, ein Land mit allerlei Bestimmungen und allerlei Möglichkeiten. Ich habe . . . nun trifft sie ein unverhohlen drohender Blick, die Aufgabe übernommen, Sie zu schätzen vor diesen Möglichkeiten. Die Einwandlungsbehörden . . . vielleicht ein Berliner Telegramm, das Sie erwartet . . . Sie verstehen, daß ich gewarnt sein muß.“

Sie steht, würgt an den ersten Worten.

„Es fällt Ihnen schwer, Madame. Ich bin ein Reichstater, wollen Sie bedenken, ein alter Freund . . .“

Ob, diese ersten Sätze, diese Geschichte vom Schwager Der, bei der man sich vertrieben möchte vor Scham! Der Oberst weist mit der Mikroskopglocke: „Kollons ca . . . Sie sollen nicht denken, daß ich mich für diese Intimitäten interessiere . . . Die Tat, Madame, der Mord . . .“

(Fortsetzung folgt.)

gekündigte — eine Art Ehrengabe — dem Verwaltungsrat gemacht werden. Neben der bereits bekannten Tagesordnung wird auf der Berliner Tagung auch über den Wirtschaftsentwicklungsbericht gesprochen werden. Die Bedeutung des Wirtschaftsentwicklungsberichts ist hervorzuheben, sei ihm in Deutschland erst jetzt wieder beim Reichstag der Aufmerksamkeit gewürdigt worden. In der Berliner Tagung des Reichstages des Jahres 1926 wurde der Bericht des Reichsausschusses für die Wirtschaftsentwicklung als ein Dokument der Wirtschaftsentwicklung bezeichnet. Das Interesse für die Wirtschaftsentwicklung wie für die nationale und internationale Sozialpolitik mußte noch ganz anders entzündet und gesteigert werden, als das bisher der Fall war. Kein Friede ohne wirtschaftliche Verständigung! Wie oft habe er im Laufe der Nachkriegszeit immer wieder in Deutschland mit Hilfe der Verbände der Wirtschaftsentwicklung Verbindungen für eine bessere Verständigung zwischen Berlin und Genf, vor allem auch zwischen Deutschland und Frankreich zu knüpfen versucht, leider nicht mit Erfolg. Erfolgreich sei, das jetzt die Mitarbeit und der Einfluß Deutschlands bei der Arbeit in Genf, wie das schon rein äußerlich durch die Beförderung des Reichsausschusses in der Sprachkommission und in der stärkeren Beteiligung des Reichsausschusses mit deutschen Beamten zum Ausdruck komme. Wenn im allgemeinen der sozialpolitische Fortschritt immer noch so viel zu wünschen übrig läßt, so liegt das nicht zum wenigsten an der bedauerlichen sozialpolitischen Gleichgültigkeit in allen Verwaltungen, die zu bekämpfen mit einer Hauptaufgabe der Genfer Arbeit ist.

Mit einem Hinweis auf das Wachstum Berlins, das er in schon von seiner Jugendzeit her kenne — er sei jenseits aus ein alter Berliner — und auf den in diesem Wachstum sich widerspiegelnde Aufstieg der Demokratie, die freilich erst dann fest demontiert sei, wenn wirtschaftlich und sozialpolitisch die Lebensbedingungen der breiten Massen gesichert seien, schloß Albert Thomas seinen Vortrag mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der sozialpolitischen Lage mit viel Besatz aufgenommenen Vortrag.

Kapitalismus, Kirche und Reaktion in Mexiko

Die Energie, mit der die mexikanische Regierung Calles den Militarismus einzeln Generalen niedergeworfen hat, ist bewundernswert. Calles ist nicht nur ein vornehmlicher Nachfolger Obrenons, sondern auch ein Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse. Er hat alle Kräfte gegen sich, die gegen oder verfeindete den Kampf gegen eine soziale und fortschrittliche Demokratie aus selbstlichen Gründen oder aus fanatischer Unwissenheit führen. Die Großgrundbesitzer haben sich mit der katholischen Kirche und mit Kreisen des amerikanischen Petroleumkapitals verbündet. Sie alle fühlen sich als Leidtragende des gegenwärtigen fortgeschrittenen Regimes. Tatsächlich können weder die einen noch die anderen wie bisher die reichen Bodenschätze Mexikos ungenutzt lassen. Sie wenden deshalb alle Mittel an, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen; selbst vor den schlimmsten Gewalttaten scheuen sie nicht zurück. Das setzt u. a. auch der grausamste Anschlag, der im letzten Frühjahr bei Guadalupe von einer Räuberbande unter Führung einiger fanatischer Priester auf einen Extrazug verübt wurde und mehr als hundert Frauen und Kindern das Leben kostete.

Der neuerdings ausgebrochene und inzwischen niedergeworfene Militarismus ist nur ein weiteres Glied in der Kette der Gewalttaten, mit denen die Interessenten des mexikanischen Kapitalismus die absterbende alte Regierung zu stürzen bemüht sind. Unabweisbar diese Räuberbanden und Militaristen sind vor ihnen amerikanische Erdölinteressen finanziert worden, die sich durch mexikanische Einwirkungsgesetze geschädigt fühlen, welche das in den letzten Jahren dauernd bestrebt waren, die ihnen ungenutzten Bodenschätze mexikanische Regierung nicht nur durch Versteigerung als „öffentliches Gut“ zu infamieren, sondern auch das Vorkommen von Staatsdepartement mehrmals verurteilt hat, durch drohende Rache und ähnliche Mittel den mexikanischen Wirtschaft zu schaden. Die Verletzung der Rechte der Regierung Calles sind alle diese Verbrechen. Der fortschrittliche Teil der öffentlichen Meinung Amerikas unter Führung der letzten Zeitungschrift The Washington Post und des Senators Borah hat es schließlich erreicht, daß die Regierung, wenigstens vorläufig, einlenkte, indem die Präsidenten Coolidge und Calles schließlich bei der Einmischung der neuen Telefonleitung zwischen Washington und Mexiko geneigtig schlossen konnten, daß die Beziehungen zwischen ihren Staaten wieder freundschaftlich seien. Die traurigen Erfahrungen von Nicaragua zeigen

allerdings, daß die Gefahr einer gewaltsamen Einmischung der Amerikaner auch für Mexiko noch keineswegs gebannt ist.

Der Zustand konnte nur so schnell niedergeworfen werden, weil die Regierung Calles radikal durchgriff und sich, als es nicht anders ging, zur Abwehr der gleichen Mittel bediente, wie sie von den Aufständischen angewandt wurden. Das hatte zur Folge, daß ein Teil der verhafteten Führer des Militarismus hingerichtet wurde. Allein das grauenhafte Verbrechen von Guadalupe beweist, daß das kulturelle Niveau jener Schichten, die sich von den Gegnern der Regierung als Werkzeug gebrauchen lassen, ein so erschreckend tiefes ist, daß man die Gegenaktion von Calles umbedingt mit westeuropäischen Kulturmaßnahmen messen darf. Wir lehnen es deshalb trotz unserer prinzipiellen Gegnerlichkeit gegen die Todesstrafe ab, die Maßnahmen der mexikanischen Regierung auch nur im geringsten zu verurteilen. Besser wäre es um die deutsche Republik heute besser bestellt, wenn auch bei uns nach der Revolution in den Fällen, die es erfordert, gegen die Aufständischen entschieden vorgegangen worden wäre, wie es jetzt in Mexiko geschehen ist. Jedenfalls ist das mexikanische Verfahren mindestens angebracht als jene bei uns angewandte Methode, die schließlich zu dem bismarckianischen Stand geführt hat, daß der Kaiserliche Willkür so fertig brachte, auf dem Klagenwege keine Pension zu fordern und sogar erhalten konnte.

Partei-Nachrichten

Der badische Parteiausschuh zur Schulfrage

Der Parteiausschuh der Sozialdemokratischen Partei Badens besprach am Montag, 10. Okt., in einer in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung den Reichstagsbeschluss vom 1. Okt. Er war einmütig der Auffassung, daß der Reichstagsbeschluss nicht mit den Artikeln 146 und 174 der Reichsverfassung nicht in Einklang steht, sondern diese gründlich verletzt. Der Parteiausschuh erwartet, daß die Reichstagsfraktion mit aller Entschiedenheit für die Durchführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule im Reich eintritt, er erwartet weiter, daß gemäß Artikel 174 die badische Simultanschule mit allen Mitteln geschützt und die Einführung von Konzeptionschulen in Baden, soweit mit der Reichsverfassung irgendwie vereinbar, ersichert wird.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Badens

Sams- und Sonntag, 15. und 16. Oktober, findet in Mannheim die erste

Sozialistische Kulturtagung Badens

statt. — Wir fordern hiermit unsere Mitglieder auf, die Tagung zahlreich zu besuchen. Anmeldungen wollen sofort an Genosse Hauptlehrer Köbele, Mannheim 2, D. 5 gerichtet werden. Eine Anzahl Freizeiter der parteigenösslichen Kollegen steht zur Verfügung. Die Tagung beginnt Samstag nachmittags 1 Uhr; gegebenenfalls ist also Urlaub nachzuholen. — Wir weisen besonders unsere Mitglieder auf Punkt 3 der Tagesordnung hin, wo Gen. Schulrat Marx seit, Hamburg, über „Sozialistische Erziehung“ spricht.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Durlach: Dienstag, 11. Okt., abends 8 Uhr, in der Festungsküche Zimmer Nr. 3, Frauenversammlung. Stadtd. Genossin Stark spricht über „Die geschichtliche Entwicklung der Ehe“.

Niedersachsen: Donnerstag, 13. Okt., abends 8 Uhr, im „Ochsen“ Verammlung der Mitglieder der Partei und des Sportklubs mit Vortrag des Gen. Trinks. Thema: „Sport und Arbeiterbewegung“.

Kehl: Samstag, 15. Okt., abends 8 Uhr, im „Babarossa“, Mitgliederversammlung. Gen. Reichsstadtd. G. S. D. P. wird sprechen. Thema: „Die politische Situation im Reich“.

Karlsruhe: Sonntag, 16. Okt., mittags 3 Uhr, öffentliche Versammlung. Gen. Warrer Rappes-Karlsruhe spricht über „Das Programm des Sozialismus und Völkerverständigung“. Hierzu sind auch die Drie Willstätter, Bobersweier, Leutesheim, Kuenheim und Sand als die nächstgelegenen eingeladen.

Von allen Genossen wird erwartet, daß sie für regen Besuch dieser Veranstaltungen Sorge tragen.

Trinks, Parteisekretär.

Gewerkschaftsbewegung

Streikbeschluss der Berliner Holzarbeiter

Berlin, 10. Okt. Wie der Holzarbeiterverband mitteilt, haben sich von den an der Urabstimmung beteiligten Holzarbeitern 96 Prozent für den Streik erklärt, der aber nach dem Willen der Gewerkschaft Dienstag früh zunächst nur in einigen Berliner Betrieben durchgeführt werden soll. Im Laufe des Tages wird sich eine Verwaltungsentscheidung des Holzarbeiterverbandes mit eventuellen weiteren Maßnahmen beschließen. Inzwischen hat der Schlichtungsausschuh die Parteien für Mittwoch nachmittags zu Verhandlungen geladen.

Streik bei der Berliner Hochbahn

Berlin, 10. Okt. Die Urabstimmung bei der Hoch- und Untergrundbahn hatte folgendes Ergebnis: Von den 5607 Stimmberechtigten haben im ganzen 5405 Angestellte sich an der Abstimmung beteiligt. Davon erklärten sich 4428 für Streik, 571 für Verhandlung, während 16 Stimmen unglücklich waren. Die Funktionäre der im Deutschen Verkehrsverband organisierten Hochbahner hielten heute eine Versammlung ab, in der zu dem Abstimmungsergebnis Stellung genommen wurde. Von 110 Funktionären stimmten 106 für den Streik und nur vier für Arbeit. Als Streikbeginn wurde der morgige Dienstag früh 5 Uhr festgesetzt, jedoch am morgen ab der Hochbahnbetrieb stillgelegt ist, da sowohl das technische wie das Fahrpersonal für den Streik gestimmt hat. Die Kolonnenarbeiten werden infolgedessen von dem Personal ausgeführt.

Konflikte in Berlin

Berlin, 11. Okt. (Funkdienst). Der zuständige Schlichter hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Berliner Brauereigewerbes zwecks Beilegung des Streiks für Dienstag wieder zu einer Schlichtungs- und Verhandlung geladen.

Die Transportarbeiter der Berliner Möbelindustrie befinden sich zum großen Teil seit Montag ebenfalls im Streik. Sie hatten eine Erhöhung des Lohnes um 7 % in der Höhe von 50 M. gefordert. Die Arbeitgeber waren jedoch nur bereit, eine Zulage von 3 M. auf 46 M. zu bewilligen. Dieses Angebot haben die Arbeitnehmer abgelehnt und für Montag den Streik beschlossen. Auch in der Berliner Metallindustrie droht ein schwerer Konflikt. Das Metallartef hat am Montag beschlossen, die bisher geführten Lohnverhandlungen als gescheitert zu betrachten.

Ein unglaubliches Urteil

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet heute die folgende Meldung: Das Arbeitsgericht Berlin hat auf Antrag des Verbandes der Baugeschäfte folgendes Urteil zum Interzessur gefällt: Der Deutsche Gewerksbund wird durch einstweilige Verfügung beauftragt, am Tage der Zustellung des Urteils den Streik der Baueigenen aufzuheben. Für jeden Tag, der darüber hinaus weiter gestreikt wird, hat der Baueigenen 1000 M. und jeder freitretende Baueigenen 1 M. Geldstrafe zu bezahlen. Wenn die Meldung sich bestätigen sollte, so hätte man es mit einem Urteil zu tun, wie es sozialreaktionär nicht mehr gedacht werden kann. Wir werden aber weitere Nachrichten abwarten.

Soziale Rundschau

Störungen in der staatlichen Förderung des Wohnungsbauwesens in Württemberg

Es wird bekannt gegeben, daß die Verhältnisse des freien Kapitalmarktes für die Beschaffung von Baugeldern zur Zeit wieder ungünstiger liegen und daß die Wohnungsförderungsanstalt daher nicht in der Lage ist, in welchem Umfang sie Darlehensanträge für das kommende Baujahr aufzunehmen beschließen könne. Die Anstalt habe im Jahre 1927 über 9000 Wohnungen beliehen, aber es waren noch Tausende von bereits eingereichten Anmeldungen auf Bewilligung für Rechnung des Jahres 1928, da die Mittel des Jahres 1927 erschöpft seien. Schon für diese Gelüste stünde die Grundlage der Finanzierung nicht fest. Mit neuen Gelüsten an die Wohnungsförderungsanstalt schriftlich oder persönlich heranzutreten, sei zur Zeit zwecklos, weshalb die Baufürsorge, die ihr Vorhaben nur mit Darlehen durchführen könnten, mit allem Nachdruck auf die Gefährlichkeit eines vorzeitigen Baubeginns hingewiesen werden.

Die hieraus zum Ausdruck kommende Lage läßt erkennen, wie groß noch immer der Bedarf an Kleinwohnungen im Lande ist.

Benutzt den billigen Sonderschnellzug nach Stuttgart am Sonntag, 16. Okt.
 zur Werkbundausstellung **DIE WOHNUNG!** Fahrpreis einschl. Eintritt in die Werkbundausstellung ab Karlsruhe RM. 5,25 hin und zurück. Abfahrt ab Karlsruhe 7.00 Uhr. Näheres Plakate. **Fahrkartenausgabe Badisches Reisebüro, Kaiserstr. 229**

Der Mensch als Empfänger

Der Weltstrom ist heute erfüllt von unzähligen elektromagnetischen Strahlungen. Wir alle stehen in ihrem Banntreibe. Wir mögen uns aufhalten, wo immer wir wollen, stets werden wir von ihnen getroffen. Keine Mauer, kein Anzug, nichts, aber was gar nichts schützt uns vor ihnen. Sie durchdringen unser Fleisch und jaagen weiter, bis ihre Energie erschöpft ist. Der Mensch ist ein Empfänger, dem nur das körperliche Organ der Wahrnehmung und damit der Sörberarmung der elektrischen Strahlung fehlt. Da taucht denn die nabelnagende Frage auf, ob dieses ungeschützte Trommelfell aus elektrischer Strahlung und sonstigen Veränderungen unserer Körperzellen und sonstigen Veränderungen unserer Körperzellen und sonstigen Veränderungen unserer Körperzellen...

Elektrische Verhalten eines Abornbaumes gemacht

Zur Untersuchung hatte er an einem der oberen Äste und am Stamme Metallnägel eingeschlagen, die dazu dienten, Drähte, nach einem elektrischen Meßgeräte zu führen. Der Baum erwies sich als ein vorzüglicher Anzeiger aller atmosphärischen Veränderungen. Besonders starke Ströme traten auf bei Nebel und Schnee. Bei Gewittern aber selbigen die Meßgeräte die Entladungen durch besonders starke Ausschläge an. Man sing diesen Erscheinungen nach und stellte fest, daß sie nicht etwa durch Erdströme, sondern durch die elektrischen Vorgänge der Atmosphäre hervorgerufen wurden.

Wir beobachten aber auch sehr häufig, daß Menschen vor Gewittern besonders niedergedrückt erscheinen, und daß sie während des Gewitters geradezu krankhaft erregt sind. Auch diese Erscheinungen hat ein anderer Schweizer, der Forscher Huber aus Altdorf eingehend untersucht. Es ist bekannt, daß jeder Mensch unter normalen Verhältnissen einen bestimmten, ihm eigenen elektrischen Widerstand hat, der zwischen 10000 Ohm und etwa 650 Ohm schwankt. Menschen mit hohem Widerstand pflegen im allgemeinen gegen äußere Einflüsse höchst unempfindlich zu bleiben. Menschen mit geringem elektrischen Widerstand sind meist nervös, oft aber auch überempfindlich. Hier gäbe es vielleicht einen objektiven Maßstab bei psychopathologischen Prüfungen! Dr. Huber untersuchte nun die Kraben des Altdorfer Gymnasiums auf ihr Verhalten bei irrenden elektrischen Veränderungen in der Atmosphäre und stellte als guten Durchschnitt fest, daß sich die Leitfähigkeit des menschlichen Körpers mit der der Atmosphäre erhöht, daß sich also der Widerstand dementsprechend vermindert. Bei besonders starken elektrischen Veränderungen der Atmosphäre sinkt der Widerstand zweifeln um das Dreifache des Normalen. Wetterempfindliche Menschen lieferten dagegen eine völlig andere Stromkurve. Bei ihnen zeigte sich oft schon lange vor den zu erwartenden Veränderungen der atmosphärischen Verhältnisse ein völlig anderer Stromkurvenverlauf wie bei den Gesunden. Ein ganz besonders empfindlicher Mann zeigte mit abiotischer Reaktionsfähigkeit schon tagelang vor dem Ereignis das Kraben des Föhn. Er war unverwundbar als die besten Instrumente.

Diese Wirkungen der in der Natur vorhandenen elektromagnetischen Wellen erklären sich vielleicht durch die relativ hohen Kräfte, die hier in weitem Umfang wirken und in hochspannten Entladungen, bei allerdings geringer Stromstärke, ihren Ausdruck finden. Man treibt bereits danach, größere elektrische Kräfte, mit denen man Maschinen treiben oder elektrische Lampen zum Brennen bringen kann, drahtlos zu übertragen. Vielleicht gelingt es, dieses Problem zu lösen. Vielleicht aber wird leiser praktischer Anwendung durch schädliche Einflüsse auf den menschlichen Organismus ein Ziel gesetzt. Wir stehen ja erst am Anfang der drahtlosen Technik. Niemand kann sagen, welche Wirkungen sie noch zeitigen

wird und ob die erstrebten Verbesserungen wirklich eine sinnvolle Förderung unseres Daseins bewirken.

Berlin hat mehr Rundfunkteilnehmer als Neunorf. Nach amtlichen Befragungen beträgt die Zahl der Rundfunkempfangsanlagen im Staate Neunorf rund 650 000. Die Einwohnerzahl des Staates Neunorf wurde schon nach der Zählung von 1920 auf 10 385 000 angesetzt. Sie dürfte heute erheblich höher sein. Demgegenüber entfallen auf Groß-Berlin mit einer Einwohnerzahl von etwa 4 Millionen etwa eine halbe Million Rundfunkteilnehmer in Deutschland. Die Beteiligung am Rundfunk in Berlin muß also hiernach stärker sein als in Neunorf, denn es ist kaum anzunehmen, daß viel mehr als die Hälfte der Rundfunkteilnehmer im Staate Neunorf auf die Stadt Neunorf mit ihren 5 621 000 Einwohnern entfällt, da die übrige Bevölkerung dieses Staates — in Höhe von ebenfalls rund 5 Millionen — in Bezug auf günstige Empfangsmöglichkeit und Senderdichte kaum schlechter gestellt ist als die Hauptstadt selbst.

Theater und Musik

Badisches Landestheater. Die dritte Aufführung des satirischen Lustspiels „Ein besserer Herr“ von Walter Hasenclever findet am Dienstag, 11. Oktober, statt. Am Freitag, den 14. Oktober, wird Gerhart Hauptmanns Tragödie des Bayernkrieges „Florian Geyer“ wiederholt. — Zur Feier des 150. Geburtstages Heinrichs Heine wird am Samstag, 15. Oktober, des Dichters grandioses Fragment „Robert Guisard“ zum erstenmal auf unserer Landesbühne in Szene. Daraus schließt sich die Neueinführung des Lustspiels „Der verdröhene Krua“. Beide Werke werden von Felix Baumbach inszeniert. Der Abend wird eingeleitet mit Beetodens Leonoren-Quartett (Nr. 3), dirigiert von Generalmusikdirektor Josef Krips. Am Sonntag, 16. Oktober, vormittags 11.15 Uhr, findet eine „Morgensfeier“ statt, über „Heinrich von Kleist und sein Werk“. — Im Konzerthaus gelangt am demselben Tage Hermann Sudermanns fünfaktige Tragikomödie „Die gutgeschmittenen Cede“ zur ersten Wiederholung. Für Montag, 17. Oktober, ist im Landestheater ein „Badischer Dichter- und Komponistenabend“ angelegt, dessen erster Teil die Neueinführung des dramatischen Gedichts „Fortunatas Bis“ von Emil Gott bringen soll, während der zweite Teil Liebeserzählungen und Variationen enthalten und mit Hans Thomas „Schlag nun und die der Welt“ für Kammerorchester mit Orgel von Frz. Schütz komponiert, schließen wird. — Als nächste Klassiker-Neueinführung befindet sich für den Oktober Schillers „Rauch von Messina“ und ferner (Hör. Konzerthaus) die Uraufführung des Lustspiels „Spiel im Schloß“ von Franz Molnar in Vorbereitung.

Schmollers Werbe-Tage

Heute letzter Tag!

Benützen Sie die Gelegenheit, um nochmals zu besonders billigen Preisen kaufen zu können!

25 Jahre Eisenbahnerorganisation in Baden

Der Bezirk Baden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands feiert in diesen Tagen das 25jährige Bestehen seiner Organisation. Die schon seit 1897 wiederholten Versuche zur Bildung einer freien Eisenbahnerorganisation waren endlich im Spätjahr 1902 von Erfolg gekrönt. Der Kollege August Schwall, Karlsruhe, war es, welcher alle Schwierigkeiten nicht fürchtend, in einer am 3. August 1902 in Karlsruhe stattgefundenen Konferenz die Notwendigkeit der zu bildenden Organisation schilderte, wenn die Eisenbahner in ihren Einkommens- und sonstigen Arbeitsverhältnissen denen der Privatindustrie nicht weiter zurückbleiben wollten. Damals war es für einen Eisenbahner nicht so leicht wie heute, sich der freien gewerkschaftlichen Bewegung ohne Geländung seiner Existenz anzuschließen. Von der damaligen Gründungsversammlung haben Delegierte aus Karlsruhe, Basel, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Offenburg teilgenommen. Anwesend waren ferner der Vorsitzende des bereits 1898 in Nürnberg ins Leben getretenen freien bayerischen Eisenbahnerverbandes, sowie der Redakteur der Süddeutschen Eisenbahnerzeitung, Kollege Rudolf von Nürnberg. In den Landesgruppen wurden gewählt: Kollege August Schwall, Franz Kipphan, Johann Leonhard, Hermann Fellemann und Christian Andres. Im Jahre 1902 wurden Ortsgruppen gebildet in Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Basel, Konstanz, Heidelberg. Gleich bei Gründung der Organisation war das Bestreben geltend, eine Verschmelzung bei der bayerischen und württembergischen Bruderorganisation herbeizuführen. Die damaligen Regierungen und Generaldirektionen bereiteten der Entwicklung der jungen Organisation, besonders aber den Verschmelzungsbestrebungen die allergrößten Schwierigkeiten. Der Versuch einer Konferenz im Dezember 1902 in Ulm, in welcher die Verschmelzung vollzogen werden sollte, wurde von den Eisenbahnerverwaltungen verboten. Diesem Verbot ging eine Denunziation der christlichen Organisation voraus, welche über die beabsichtigte Verschmelzung u. a. folgendes schrieb:

„Größer und wichtiger ist schon der Punkt, daß die Regierungen von Baden, Bayern und Württemberg einer Vereinigung der Eisenbahnerverbände in ihrem Lande energisch entgegenzutreten.“

Der Wunsch war der Vater des Gedankens. Die schätzbaren christlichen Denunziationen wurden zwar fortgesetzt, gehören aber nun der Geschichte an.

Am 1. Januar 1904 wurde die Verschmelzung der bayerischen, württembergischen und badischen Organisationen zum „Süddeutschen Eisenbahnerverband“ vollzogen. Die junge Organisation zählte dadurch einen Mitgliederstand von 5400. An die Spitze des Verbandes wurde der Kollege Hans Hermann, Nürnberg, berufen.

Als Hauptforderungen stellte die Organisation folgende Forderungen auf: Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Stabilisierung der Arbeiterverhältnisse, Erweiterung der Rechte der Arbeitervereine, Beseitigung der Vorkarrieren, Erhöhung der Leistungen der Betriebsstellen- und Arbeiterpensionen, ferner: Landaufschlag, Beseitigung der Eisenbahnverwaltung der Forderung, die Lohnverhältnisse in eine geordnete Form aufzumensetzen. In der im Jahre 1904 für Baden ausgearbeiteten Lohnordnung hieß es:

„Die Lohnordnung ist eine Verwaltungsverpflichtung, kein Arbeitsvertrag. Die Eisenbahnerverwaltung ist an die Lohnsätze weder nach oben noch nach unten gebunden. Anschließ soll die Lohnbemessung, soweit möglich, im engeren Anschluß an die Lohnordnung erfolgen.“

Im Badischen Landtag selbst erfolgten heftige Kritiken wegen den Verhältnissen der Eisenbahner, welche durch das energische Eintreten des Abgeordneten Genssen Wilhelm Kolb für die Eisenbahner nicht nur im Landtag und bei der Regierung, sondern auch unter den Eisenbahnerkreisen die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Ein großer Erfolg für die Organisation war die Einführung des neunköpfigen Arbeitstages ab 1. Oktober 1906 in den Werkstätten. Der Betriebs- und Fahrplan erreichte diese Arbeitszeitverteilung damals nicht, ein Umstand, der nicht zuletzt auf die Organisationsverhältnisse zurückzuführen war. Diesen Mangel hat auch das Betriebs- und Fahrpersonal erkannt und hat sich von jenem Zeitpunkt ab auch der freien Eisenbahnerbewegung angeschlossen.

Das ständige Vorwärtsschreiten der jungen Organisation wurde von den süddeutschen Regierungen mit Ausräusungen verfolgt. Eine Agitationstour, die der im Juli 1906 als Gauleiter für Baden angestellte Kollege August Schwall in Elz-Lothringen unternahm, brachte schon nach kurzer Zeit einen Mitgliederzuwachs von 1300. Da machte eines Tages der preussische Eisenbahnminister Breitenbach eine Inspektionsreise nach Straßburg, wobei ihm zugetragen wurde, daß ein Teil seinem Kellner unterstellten Arbeiter Mitglied des „Süddeutschen Eisenbahnerverbandes“ wären. Es gehörte zu den damaligen Eigenschaften preussischer Minister, sich nicht um das Koalitionsrecht zu scheren. Den Arbeitern wurde durch den damaligen Generaldirektor Wackerzand durch ein Dokument der Schande am 4. September 1902 die Zugehörigkeit zum Süddeutschen Eisenbahnerverband kurzerhand verboten. Die Verbote wurden in drei amtlichen Rundgebungen den Arbeitern bekannt gemacht. Es kann ruhig dem Kulturhistoriker überlassen bleiben, die Barbarei Preußens im 20. Jahrhundert zu schildern. Wohl war es dem Minister Breitenbach gelungen, die Organisation zu zerstören, eine regierungsfreundlichere Stimmung

der Eisenbahner konnte er jedoch auch dadurch nicht erreichen. Durch das Vorgehen Preußens und die fortgesetzten christlichen Denunziationen wurden die Chikanen von den süddeutschen Regierungen verstärkt. In den süddeutschen Parlamenten löste dieses Vorgehen lange und heftige Debatten wegen dem Koalitionsrecht der Eisenbahner aus. Es war wiederum dem jähwütigen Vorgehen des Abgeordneten Wilhelm Kolb und August Schwall zuzuschreiben, daß die badische Regierung nachstehende Erklärung gab:

„Solange im übrigen die Verbände der Eisenbahner innerhalb des Rahmens der dienstlichen Ordnung halten, ist die Eisenbahnerverwaltung nach wie vor bereit, mit den Organen derselben in schriftlichen und mündlichen Verlebe zu treten. Es sind bis jetzt noch keine Klagen darüber laut geworden, daß nachgeordnete Dienststellen Verlebe gemacht hätten, den Verbänden Hindernisse in den Weg zu legen oder sie als nicht gern gesehen oder als verboten hinzustellen.“

Anders war es in Bayern, woselbst die der christlichen Organisation anhängenden Abgeordneten unsere Organisation ständig als Aufrührer, Aufwiegler und Streifbeger denunzierten, wodurch erreicht wurde, daß im Jahre 1912 allen zur Eisenbahn Neuinsustellenden der Beitritt zum Süddeutschen Eisenbahner-Verband untersagt wurde.

Das Verhalten der Eisenbahner bei Beginn und während des schrecklichen Weltkrieges strafen die christlichen Denunzianten und auch den bayerischen Verkehrsminister Herrn von Seidlin Rügen. Jeder Eisenbahner hat Überwältigendes geleistet, was allerdings nur in Form von Dank und Lob anerkannt wurde. Erst am 24. November 1915 wurde der Revet in Bayern aufgehoben.

Nach Beendigung des Weltkrieges regten sich die Eisenbahner mächtig. Die beengenden Schranken und Fesseln, die vor allem die Eisenbahner in ihrer Bewegung, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit hinderten, wurden weggeräumt. Insbesondere war es auch die Beamtenchaft, welche sich in größeren Massen der freien gewerkschaftlichen Bewegung anschloß. Anstelle des nur exzessiven Tätigkeits berufenen Kollegen Schwall wurde der Kollege Christian Schneider mit der Führung der Gangeschäfte beauftragt. Nach langwierigen Verhandlungen trat mit Wirkung vom 1. März 1919 der erste Lohnvertrag in Kraft, welcher insofern geschichtliche Bedeutung haben dürfte, als er der erste abgeschlossene Tarifvertrag der staatlichen Eisenbahner in Deutschland ist.

Die Verwirklichung der Löhnerhöhung machte eine Verschmelzung der Bruderorganisation des Nordens und Südens unermittellich. Auf der letzten Generalfversammlung des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals am 19. bis 20. Juli 1920 in Augsburg stimmten die 60 badischen Delegierten geschlossen für die Verschmelzung zum Deutschen Eisenbahnerverband. Das schwarze Jubilationsjahr 1923 drückte die Eisenbahner in doppelter Hinsicht. Das Einkommen, das heute neu festgelegt wurde, war morgen völlig wertlos, weil der Zustand bei den Arbeitern und Beamten, insbesondere bei den Frauen, eine Verarmungsstimmung ausgelöst hatte. Die größten Schwierigkeiten und Lasten wurden den Eisenbahner durch den Rubrubrückbruch auferlegt. Am 4. Februar 1923 wurde Offenburg, Apenweier und zahlreiche Orte in deren Umgebung von den Franzosen besetzt. Gleiches erfolgte einige Wochen später für die beiden Rheinischen Mannheim und Karlsruhe.

Als Dank und Anerkennung für die Rubrubrückaktion wurde das Eisenbahnerpersonal mit der Abbauplanung am 27. Oktober 1923 befristet. In der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis Ausgangs 1926 verließen in Baden 9349 Arbeiter und 4752 Beamte den Arbeitsfeld. Durch die Inflation und den Abbau wurde die Organisation auch in Baden, welche über 16 000 Mitglieder hatte, erheblich geschwächt. Diese Gelegenheit benutzte die Reichsbahnverwaltung, um durch ein Diktat den Eisenbahner den Abbauplanung zu entsagen. Das Lohnverkommen war kaum auf 50 Prozent der Vorkriegszeit festgesetzt. Doch gelang es, die Organisation auch in Baden, wenn auch stufenweise wieder erheblich zu stärken, wodurch auch das Einkommen auf ein etwas höheres Niveau gebracht werden konnte. Eine weitere Stärkung wurde durch die Zusammenlegung des ehemaligen „Deutschen Eisenbahnerverbandes“ und der „Reichsgewerkschaft“ zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands erreicht.

Der ständige Vorwärtsschreiten hat sich im Laufe des Jahres 1927 bei den 23 badischen Ortsgruppen auf 10 132 erhöht. Schwere Zeiten haben die Eisenbahner hinter sich. Sie wurden aber überdurnen. Sie befinden sich auch gegenwärtig in einer sehr schweren Zeit, die alles befristet und niederschlägt. Schneller als das Einkommen sind die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmieten gestiegen. Sollen die Eisenbahner schneller vorwärtskommen und das, was sie erreicht haben, sicher stellen, dann gibt es nur ein Mittel:

Hinein in die Organisation!

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat sich im Reich in gleichem Maße aufwärts entwickelt. Mit den 250 000 Mitgliedern, Arbeitern und Beamten, die auch die Reichsbahnangestellten als der größte, aber auch einer der reaktionärsten Arbeitgeber respektieren muß, wäme die freie Eisenbahnerbewegung in Baden und im Reich weiter vorwärtschreiten, nur dadurch wird es ermöglicht, die Arbeits- und Rechtsverhältnisse der Eisenbahner fortschrittlich und menschenwürdig auszugestalten.

Glück auf den Eisenbahner zu ihrem 25jährigen Jubiläum!

Gemeindepolitik

Hauptversammlung des Badischen Sparkassen und Giroverbandes

Auf der Hauptversammlung des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Säckingen konnte Bürgermeister Ritter Mannheim, der bisherige Vorsitzende, bei der Eröffnung des Geschäftsjahres einiges darauf hinweisen, daß die Sparkassentätigkeit in Deutschland gegenüber den billigeren Kreditanstalten seit der Stabilisierung der Mark eine erfreuliche Zunahme aufzuweisen hat, die allgemein überaus ist. Generaldirektor Meiser vom Badischen Sparkassenverband machte dann noch nähere Ausführungen zum Geschäftsbericht. Generaldirektor Bei-Düffelhof, dem das Hauptreferat übertragen war, sprach über die Betreuung der deutschen Wirtschaft durch die deutschen Sparkassen. Er erklärte, daß die deutschen Sparkassen- und Giroverbände die stärkste Kapitalmacht innerhalb des deutschen Volkes darstellen, denn bei den

Banken müßte man berücksichtigen, daß ein großer Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Kapitalien aus dem Ausland stamme. In Hand von Statistiken und graphischen Darstellungen setzte er alsdann die Bedeutung und Aufgaben der Spar- und Giroverbände für das Kreditwesen in Deutschland. — Nach der Annahme eines Jubiläumstrages zum Anstellungsvertrag eines hauptamtlichen Vorsitzenden wurde dann Oberbürgermeister Dr. Gugelmaier-Vörsch fast einstimmig zum hauptamtlichen Vorsitzenden gewählt.

Gewährung von Baudarlehen. Das Städtische Nachrichtenamt Mannheim teilt mit: Da Anleihen auf dem Inlandsmarkt ausreicht nur schwer erhältlich sind und den Städten die Aufnahme ausländischer Anleihen für Wohnungsbauzwecke unattraktiv ist, ist die Stadt bereit, nicht in der Lage, überlebensfähige Geld aufzunehmen, um es als Baudarlehen wieder ausgeben zu können. Weher die aus der Gebäudewirtschaft für den Wohnungsbau stehenden Mittel ist bereits verflutet. Es wird daher dringend davor gewarnt, Bauten in der Hoffnung auf künftige Bewilligung von städtischen Baudarlehen zu beginnen.

Kleine badische Chronik

* Kiefern (bei Forstheim). Sonntag abend brannte das Wohnhaus des Weinhandlers Emil Schmittert völlig nieder. Das Feuer war in der Nacht heftigsten Verfalls der Kiefernhandels Kasse Heilmann auf bis jetzt noch nicht verklärte Weise ausgebrochen. Die Kiefern sind fast alle verbrannt.

* Kaufach. Herr Franz Sonntag stieß mit dem Motorrad bei Wehringen Dr. Stolz zusammen. Während sich Sonntag durch glücklichen Abirung retten konnte, erlitt Stolz durch den Sturz einen Unterleibschmerz.

* Fahr. In große Gefahr geriet Samstag abend eine Lokomotive der Eisenbahngesellschaft, die im zwei großen Lastkraftwagen Offenburg nach Karlsruhe zurückfahren wollte. Einer der beiden Motorwagen wurde von einem überhöhen Personalkraftwagen aus Freiburg am linken Vorderrad gefahren, wodurch der Führer die Steuerung verlor, so daß der Motorwagen leistunglos rollte, aber die dort sehr hohe Böschung kam und mehrere Meter abstieß. Glücklicherweise konnte der Führer noch im letzten Sekunde abstopfen; der Wagen überlief auf drei Räderhängen, sämtliche Antriebe konnten sich überlebt in Sicherheit bringen.

* Willingen. Bei einer Schlägerei in dem Gasthaus „Forelle“ erhielt ein Arbeiter mit einer Bierflasche einen derartigen Schlag auf die Nase, daß dieselbe zertrümmert wurde und der Verletzte bemußt in das Willinger Krantkhaus gebracht werden mußte.

* Donauerschlingen. Ein merkwürdiger Vorfall, der nicht ganz aufgefäht ist, ereignete sich am Freitag abend in Aulendorf. Die Familie des ehemaligen Gemeindevorstandes und Landwirts Anton Metz wurde, als sie vom Felde nach Hause kam, von drei fremden Besuchern im eigenen Hause überfallen. Die Besucher hatten schwarze Masken vor das Gesicht gebunden. Den Überfallenen wurde mit Tod und Anstünden des Anweicns gedroht. Sie wurden gebunden, und das ganze Haus durchsucht. Dabei wurden Lebensmittel sowie Goldstücke geraubt. Nach der Verhaftung der Räuber wurde festgestellt, daß die Genbrüder mit der Führung dieses Vorfalls noch zu befaßt sind haben. — Am Samstag abend kürzte der Neher Josef Limberg am Donauausgang von Aulendorf und blieb bewußtlos liegen. Er erlitt eine leichte Gehirnerschütterung, und eine Wunde am Kopf.

* Broagingen bei Freiburg. Hier wurde das Wohnhaus des Landwirts Holzer von einem Brand heimgesucht, der den Dachstuhl zerstörte. Der Brand, der auf ein schadhafes Kamin zurückzuführen ist, verursachte einen Schaden von mehreren Tausend Mark.

* Engingen. Der Bäckermeister Adolf Meier wurde beim Feiern mit einem Stein auf dem Kopf getroffen und dabei schwer verletzt. Der Stein wurde von einem der Gäste geworfen.

Billiger Sonder-Schnellzug nach Stuttgart zum Besuch der Verbundausstellung „Die Wohnung“. Das außerordentliche Interesse, das die Stuttgarter Veranstaltung allgemein findet, veranlaßt die Leitung der Verbundausstellung, am Sonntag, 16. Oktober, nochmals einen Sonder-Schnellzug nach Stuttgart auszusenden, der, wie die bisherigen Züge, sicher wieder von zahlreichen Eisenbahnern unserer Stadt benutzt werden wird. Die Fahrkarten für den Zug werden demnächst im Anzeigenteil und an den gewöhnlichen Plakaten bekannt gegeben. Einen besonderen Anreiz zur Benutzung dieses billigen Sonder-Schnellzuges bietet außerdem die „Stuttgarter Herbst“, eine Offiz-, Gemüts- und Pflanzenausstellung, die in den Tagen vom 15. bis 23. Oktober in der festlich geschmückten Gewerbehalle in Stuttgart stattfinden wird. Diese Veranstaltung findet einen besonderen Ausdruck in einem Festzug, der am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 14.30 Uhr von der Stadthalle Stuttgart nach dem Gewerbehallenplatz führen wird. Der Städtische Rundfunk mit dem allen Radiofreunden bekannten Getriebe vom Städtischen Rathaus eröffnet anlässlich dieses Ankerfestes mit einer großen Kinderfeier und prächtig geschmücktem Festzug den Zug. In der Halle selbst wird sich ein frühliches Herbstfest mit allerhand Volksbelustigungen entwickeln, wobei auch diesmal die billige Fahrt nach dem schönen Stuttgart sich in jeder Beziehung lohnen wird.

Gerichtszeitung

* Falscher Finanzbeamter als Darlehensschuldner. Ein Unbekannter erläßt in Tageszeitungen Inserate, in denen er Darlehen in Höhe von 120 bis 150 M auf 4 Wochen sucht. Er verspricht bei der Rückzahlung 30 M Verzinsung und 1 Zentner Rente, oder zwei fette Gänse. Bei den sich meldenden Darlehensnehmern erhebt der Betrüger, abt sich als Finanzbeamter aus, legitimiert sich mit gefälschtem Ausweis eines Finanzamtes. Der Betrüger ist in verschiedenen Städten des Reiches, u. a. auch in Pforzheim aufgetreten. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor ihm.

Die Unterschlagungen beim Amtsgericht Potsdam

Berlin, 6. Okt. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Potsdam begann heute der Prozeß gegen den 36jährigen Justizobersekretär Erich Kleiner vom Amtsgericht Potsdam, der beschuldigt wird, zahlreiche Unterschlagungen begangen zu haben. Die verurteilten Summen betragen sich auf 2000 M. Ferner wird dem Angeklagten die Verschleppung von Urkunden und Urkundenfälschung zur Last gelegt. Der Angeklagte ist vollkommen geschuldig. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und 1000 M Geldstrafe. Sechs Monate wurden als durch die Unterschlagung verbüßt erachtet.

Der unauffindbare große Unbekannte

Im Karlsruhe, 5. Okt. Wegen erwirkten Diebstahls stand vor dem Strafrichter des Amtsgerichts, die Anklage legt ihm zur Last, in der Nacht vom 20. Januar aus einer Schreinerwerkstatt im Ort durch das Fenster eingestiegen war, Schreinerwerkzeuge im Gesamtwert von 120 M entwendet zu haben. Der Angeklagte bestreitet seine Tat hartnäckig und gab an, die bei ihm gefundenen Werkzeuge, die der behauptete Schreiner als sein Eigentum wiederbekam, von einem Unbekannten gekauft zu haben. Die große Unbekannte ist derjenige, der den Richtern längst kein Unbekannter mehr ist; er erhebt überhaup nicht und Beschloß war es auch nicht anzuzeigen, ihn näher zu beschreiben. Es blieb keine andere Möglichkeit, als ihn für den Dieb zu halten. Das Gericht verurteilte ihn im Sinne der Anklage zu drei Monaten Gefängnis.

RESIDENZ Lichtspiele Waldstraße 30

Nur noch bis Donnerstag! Ein Filmschauspiel mit einer ungewöhnl. großen Besetzung u. a.: LILY DAMITA, der neue deutsche Filmstar, Harry Liedtke, Paul Richter



Die letzte Nacht. Großes Filmwerk nach dem Schauspiel „Hochzeitsnacht“ Für den Film bearbeitet von F. Carlsen

pfannkuch Die beliebten Eierbruch-Makkaroni

Pfund 54 Pfennig 5% Rabatt! Verlangen Sie Rabattmarken!

pfannkuch

pfannkuch

Mahnung. Die Beiträge für den abgelaufenen Monat waren vom 4. bis 10. d. M. an unserem Kassenschalter einzuzahlen. Die säumigen Schuldner haben letztmalig Gelegenheit, bei der Vorzeigung der Rechnung durch den Kassensboten sofort Zahlung zu leisten, andernfalls ohne weiteres die bei Zahlungsbüro vorgesehenen Maßnahmen durchgesetzt werden müssen. Vorliegende Mahnung findet keine Anwendung auf Arbeitgeber, welche die Beiträge nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben. Karlsruhe, den 10. Oktober 1927. Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe. Der Vorstand: W. Hof.

Mietervereinigung Karlsruhe

Lüchtige Gipser finden dauernde Beschäftigung Emil Allmendinger Gipser- und Stukkaturgeschäft Weichenstraße 24

Durch Ersparnis der Ladenmiete ist der preiswerte Einkauf in PELZEN Jacken, Mänteln und Besätzen aller Art bei großer Auswahl nur Zirkel 32 1 Treppe hoch, Ecke Ritterstraße W. LEMMANN

Selbstrasierer! Vor dem Einseifen die Haut gründlich mit NIVEA-CREME einreiben! Erfolg: Schmerzloses Rasieren, blendendes Schneiden des Messers, keine Reizung der Haut. Preis: M. 0.30 - 1.20

Durlach Gustav Ewald Fernspr. 455 Kronenstr. 2 Fliesen-, Wand- und Bodenplattenarbeiten für Küchen, Bäder, Closett u. Hausgänge. Uebernahme ganzer Laden-Einrichtungen führt fachgemäß, bei billiger Berechnung aus Verlangen Sie Kostenvoranschlag

Zauberperte. Während der Herbstgretelzeit in der Zeit vom 11.-31. Oktober d. J. sind die Zauberperte einzulösen. Zu lösenden Zauberperten werden nach § 29 der Selbstpflanz-Verordnung befreit. 1737

Bürgeranschluß-Verammlung. 36 berufe die Mitglieder des Bürgeranschusses zu einer öffentlichen Verammlung am Dienstag, den 18. Oktober d. J., nachmittags 3 Uhr in den Bürgeraal des Rathauses. Tagesordnung: 1. Aenderung der Beförderungsbedingungen der städtischen Straßenbahn (38) 2. Zahlung von Vorkäufen auf die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die städtischen Beamten und Angestellten (35) 3. Genehmigung von Geschäftsbüros an die Beamten, Angestellten, zurückgekehrten Beamten und Beamtenhinterbliebenen der Stadt Karlsruhe (40) 4. Elektrifizierung der Karlsruher S-Bahn (40) 5. Grundstücksveränderungen gemäß Bürgeranschlußbeschlüssen vom 4. Juni 1926 (42) 6. Erweiterung der Grundstücke 345, Nr. 9535 und 9557 an der Waldacher Straße 10 (41) 7. Erweiterung von Straßengelände (43) 8. Verkauf der Grundstücke 345, Nr. 60630, 6116, 6122 und 6126 beim Bahnhofplatz (39) 9. Wohnungsbau 1927 (37) 10. Säuglinge der Neugeborenen in Karlsruhe (44) 11. Genehmigung eines Darlehens für den Bau eines Kinderkolonies in Donaueschingen an den Verein Jugendhilfe e. V. Karlsruhe (36) Karlsruhe, den 10. Oktober 1927 Der Oberbürgermeister.

Die beste Dauerwäsche kaufen Sie billigst im Spezial-Dauerwäschegeschäft Andreas Weinig Karlsruhe, Kaiserstr. 40

Reider und Bäche werden billigst angefertigt. E. Wos, Wagnerstr. 30a, part. Seitenb. Kleinfreibmaschine (Zahnum.) i. 70 M., zu verkaufen. Angeb. mit K 102 an das Volksfreundbüro.

WER führt Ihnen Kunden zu JEDE Zeltungsanzüge im Volksfreund

Arbeiter, Angestellte u. Beamte wollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses des Jahres 1926, des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes u. der Gewerkschaftstage nur verpflichten bei dem eigenen Unternehmen der 3219

Volkshilfe. Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. Auskunft erteilt beim Materialvertrieb kostenlos die Rechnungsstelle 16, Karlsruhe, Schützenstraße 16, oder der Vorstand der Volkshilfe in Hamburg 6, An der Alster 68/69.

Gas- und Wasser-Installateur selbständig, mögl. Meisterprüfung, zu sofortigem Eintritt gesucht; ebenso 1-2 jüngere, tüchtige Elektro-Monteur für Haus-Installation 7415 Elektrohaiz Karlsruhe Rheinstr. 13

Bedürfen Sie Gardinen? Dieselben finden Sie preiswert und gut durch Wegfall der teuren Lebensbesetzung im Gardinenbesatzgeschäft Frau W. Becker Adlerstr. 111, h. Schloßhöl.

Das gute Piano der billigsten Preislage kaufen Sie bei bequem. Zahlung im größten 7009 Musik-Spezialhaus Musikhaus Schläile Kaiserstraße 175

Ein toller Herr von Hagenleber. In Szene gesetzt von Felix Baumhach. Herr Compas Schulze Frau Compas Schulte

Erkhaus mit 25 qm großem Laden, best. geeignet für Lebensmittel-, Landeshandlung, Butter- u. Käsehandlung mit verfügbar. Wohnungen bei geringer Anzahlung sofort zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 730 im Volksfreundbüro.

Karlsruher Liederkranz 80. Stiftungsfest der „Fulderei“. Samstag, d. 15. Oktober 1927, abends 8 Uhr beginnend: Großer Bunter Abend und anschließend Fest-Ball im großen und kleinen Festhallsaal

Fahrnisversteigerung. Donnerstag, den 13. Oktober, mittags 12 Uhr und Freitag, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr und mittags 2 Uhr jeweils beginnend, Stefanienstraße 98 (Eingang Weichenstraße, Hof): Herren- und Frauenkleider, Weißzeug, Bilder, Spiegel, Wanduhren, Glas- und Metallgegenstände, allerlei verschiedenem Porzellan, feiner Schmuck, Kommoden, Kisten, und Metallgegenstände, Bettdecken, Matrasen, Federbetten, Tisch, Stühle usw.

Café Theaterstücke Couplets in großer Auswahl Musikhaus Weiss Durlach 1273

Welt-Kino Nellersstr. 133 Telefon 5448 Wir eröffnen mit unserem heutigen Sensations-Programm die Salons Der Schrecken von Texas 7 fabelhafte Akte voll Knaller, Filmzauber u. sonstigem Schwindel In der Hauptrolle: Hoot Gibson Dazu: 7418 Buster auf der Jagd 2 lustige Akte und Das Muskel-Phänomen Ein wirklich interessanter Kulturfilm in 1 Akt Neues verstärktes Orchester! Jugendliche haben Zutritt!

Matrasen Patent-Rolle, Schwann, Umfaltungsbuch, Schoner, Stepp- u. Zinnband, best. billigst evtl. Zahl-Erleicht. Rehrdorf, Karlsruhe 68

Kirchenschule oder Volksschule Ein Kampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Reichsregierung von Heinrich Schulz Herausgegeben vom Parteivorstand der D. V. D. Deutschlands Preis 1 M.

In beziehen durch: Volksbuchhandlung Karlsruhe Waldstraße 28, Telef. 7022 Möbel Baum & Co. Erbprinzenstr. 30 am Ludwigsplatz Kein Laden!

RESIDENZ Lichtspiele Waldstraße 30

Das gewaltige Filmwerk Metropolis gelangt ab 21. Oktober zur Aufführung

Hierzu schreibt die B. Z. am Freitag, Berlin, 11. 10. 1927: Regisseur und Kameramann... Tonleiter... Wert von hundert bildlicher Eindringlichkeit... einen Film von photographischer Schönheit... wie er in deutschen Kinos noch... autor gemacht worden ist... man kann... Brigitte Helm als ein hartes Altium für... deutschen Film luden... In Gustav Friese... hat sie den netten Berliner... wirkt... die Echtheit seines Spiels umhüllend und... haft... zwingt Masse und Gestalt... sofort in ihren Mann, wie auch Heinrich George... Kraftnatur sich in der Rolle des Vertäufel... glänzend zur Geltung bringen kann. Eine... geschickte, eindrucksvolle Leistung...

Meine Praxis und Wohnung habe ich von Kaiserstraße 130 nach Kailerplatz Amalienstraße 65 verlegt Dentist Friedrich Schwarz

pfannkuch

Sonder-Angebot! Malaga 1/1 Flasche 1.25 Mk. 1/2 Flasche 0.75 Mk. Weiße ohne Glas Malchenband 10 Pfennig

pfannkuch

pfannkuch

5% Rabatt! Verlangen Sie Rabattmarken!

pfannkuch



Fortschritt heißt Befreiung von Aerger, den kleinliche Unvollkommenheiten verursachen. Der neue Erdal-Hebelöffner öffnet die Erdal-Dose spielend, der Gebrauch von Erdal wird zu einem Vergnügen. Erdal Marke Rotfrosch War nicht zu verbessern, deshalb schufen wir eine bessere Packung.